

Jan Ismail

D - 79692 Kleines Wiesental ~ Tel. (49) 07629-9128952 mit AB

suntuerk2017@gmx.de

4. Juli 2017

An den

Präsidenten der Türkei Recep Tayyip Erdogan

über

Türkisches Generalkonsulat Hamburg

T.C. Hamburg Başkonsolosluğu

Tesdorpfstraße 18

20148 Hamburg

Eine antisemitisch und antiislamisch wirkende MENSCHENRECHTS-AFFÄRE, bei der (der deutsche) Finanzminister Schäuble indirekt Verursacher brutaler Staatseingriffe war, diese ignorierte und sich damit sein eigenes Urteil schrieb ...

Sehr geehrter Herr Präsident Erdogan!

Lassen Sie mich das Thema dieses Briefes umreißen.

Viele europäische Länder sind in helle Aufregung geraten, als die Türkei Vorwürfe erhob, dass hinsichtlich Wahrung der Menschenrechte, Medien- und Pressefreiheit unendliche Heuchelei auffindbar ist. Empört wiesen Politiker hierzulande solche Vorwürfe zurück. Türkische Offizielle, die die Einschränkungen und Verletzungen von Menschenrechten in Westeuropa angeprangerten und faschistische Praktiken feststellten, erregten das Missfallen politischer Kreise. Unsere Massenmedien beschwerten sich heftig. Vor allem reagierte man beleidigt, wenn von Türkischer Seite Doppelzüngigkeit konstatiert wurde hinsichtlich der Wahrung von Menschenrechtsprinzipien. Statt jedoch existierende Skandale ausfindig zu machen und ihnen auf den Grund zu gehen, wurde deren Existenz in Deutschland nicht einmal in Betracht gezogen. Sie werden bislang verleugnet, und entsprechende Vorwürfe werden stets als absurd bezeichnet. Unsere beleidigten Politiker sehen „die nationale Ehre“ verletzt, da Deutschland am gründlichsten bereit sei sich vom Schmutz der faschistischen Vergangenheit durch Aufklärung und Erforschung der Geschichte zu reinigen. Mit diesem Tenor weist man Vorwürfe zurück, dass in Deutschland die erklärten europäischen Standards von Grundrechten und Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtssicherheit nicht genügend eingehalten werden. Lieber rügt man selbstgerecht fremde Länder, während eigene Doppelmoral und ethische Doppelstandards, die in diskreter Weise

auch hinsichtlich Meinungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit gelten, nicht thematisiert werden. Neue Hintergründe für die türkischen Vorwürfe traten jedoch nicht zutage, wie weil sich scheinheilige Heuchelei hinter den Abwehrreaktionen doch gut entlarven ließe. Denn **einige Faschismusvorwürfe lassen sich anhand staatlicher Demokratieverstöße und eklatanter Skandalfälle belegen**, wenn ihnen hinreichend Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Das möchte ich hiermit thematisieren, obwohl sich in Deutschland kaum jemand vorstellen kann, dass sich allgemein geäußerte türkische Vorwürfe anhand unveröffentlichter staatlicher Menschenrechtsverstöße, die von Regierungsseite bislang gedeckt werden, klar und deutlich belegen lassen. Bei Exploration eines umfangreichen Fallkomplex, auf den ich mich beziehe, würden allerdings deutsche Politik&Medien im Licht einer Jahrzehnte währenden Missachtung von Menschenrechtsprinzipien erscheinen, wenn man den hier kurz geschilderten gravierenden **Menschenrechtsskandal** näher betrachtet, der seit 1983 nicht zur Veröffentlichung gelangen durfte! Er wurde massiv unterdrückt und unter menschenverachtenden Prämissen nicht anerkannt. Insbesondere die angeblich unabhängige Justiz hat in mehreren Verfahren unberührt von Menschenrechtsgrundsätzen die Thematik verleugnet und verdunkelt. Und zwar auf allen Ebenen bis hin zu den höchsten Instanzen: **Zuletzt der von mir informierte Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Vosskuhle**. Die dazu bestehenden Tatsachen, die einen Politikskandal angestoßen hätten, durften vermutlich deshalb nie öffentlich werden, weil deutsche Geheimdienste dies im Regierungsauftrag verhinderten. Sie trugen dazu bei, dass sich an der Lage nichts änderte, obwohl im konkreten Fall Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus in einflussreichen Zonen von Politik und Massenmedien an vorderster Stelle anzuklagen wären.

Es geht mir um die Versagung von fundamentalen Menschen- und Kinderrechten durch den Staat und seine Justiz, die ich als Betroffener, als (ehelicher) Vater einer Tochter, die ab Geburt vom Staat geraubt und verklavt wurde, nachweisen kann. Inzwischen geht es mir um eine kompetente Wahrnehmung des vormaligen Geschehens durch die Medien, die in drei Jahrzehnten nie dazu recherchieren, nie darüber berichten wollten und mich stets mit einer kompletten Nichtwahrnehmung des Falls und meiner Person konfrontierten:

So als ob ich als Arabischer Deutscher nicht auf die eigenen Menschenrechte und die meiner Kinder beharren dürfe!
Das ging in den 1980-er Jahren so weit, dass mir „Feministinnen“, die z.B. in der 'EMMA' oder im 'Stern' eine Publikation ablehnten, kund taten, **ich müsse mein Blut als unrein betrachten, ... als „nicht deutsch genug“.**

Dazu gibt es **unglaubliche Tatsachen** bezüglich des Verhaltens von bekannten Journalisten, Antisemitismusexperten, amnesty-international, Politikern aller Farben und aus diversen Parlamenten, von Staatsanwaltschaften, Theologen, Autoren und Verlagen usw. ... zu berichten. Vielfach die Gleichen, die nun die Türkei als 'Medienzensierende Diktatur' anklagen. Durch die Bank hatten sich die angeblich im Westen so freien Medien, wie ich vermute auf Grund ihrer versteckten Abhängigkeit vom staatlichen „Goodwill“, geweigert, die empörenden Fakten zu den vorliegenden Menschenrechtsverletzungen zur Kenntnis zu nehmen und Stellung zu beziehen. Damit entstand zurecht der Eindruck, dass **geheime Einflusskanäle eines „tiefen Staates“, der aus dem Erbe des Nationalsozialismus schöpft**, es verhinderten, dass gewisse Tatsachen an die Öffentlichkeit kamen und Politiker, die die Menschenrechtsverstöße deckten, genannt wurden. Formen von verantwortungsloser Verharmlosung und Nichtwahrnehmung der zu nennenden staatlichen Verbrechen begegneten mir bei allen Medien und bei populären, oft

auch mit Regierungsverantwortung betrauten Politikern jeder Couleur ... **Dies zeigte, dass es unbeanstandetes rassistisches Vorgehen von Seiten Deutscher Justiz und Behörden mit Billigung durch Politik und Massenmedien gibt, während die Wahrheit darüber verschwiegen wird: Egal welche - im übrigen auch internationale - Konsequenzen diese Verweigerung von Öffentlichkeit mittelbar im Laufe der Zeit hervorruft.**

Es lassen sich im übrigen anhand dieses Beispiels weitere Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen vermuten, die demonstrieren würden, dass der deutsche Staat nicht allein gesetzlos und willkürlich zu agieren vermag, sondern überdies mit geheimdienstlichen Mitteln Medienrecherche und Veröffentlichungen darüber behindert.

Diese Praxis möchte ich als Betroffener bloß stellen, weil es in meinem Fall irgendwann an die Öffentlichkeit gelangen muss, dass mein Kind aus rassistischen Motiven so geschädigt wurde, als wäre es ein „Judenkind“ in der Nazizeit.

Die gegebenen Tatsachen, die ich dazu vorstellen muss, lassen offenbar werden, dass die deutschen (bzw. auch internationale europäische) Medien die Nennung von unbestreitbaren Fakten unterlassen, wenn diese allgemeine Verlogenheit und Heuchelei hinsichtlich neuer deutscher **Staatsverbrechen aus dem Geist des 3. Reichs** beweisen. Woraus sich andererseits die Vermutung ergibt, dass jene Medien, die nicht im Einklang mit erwünschter „Staatstreue“ berichten, in Deutschland Benachteiligungen befürchten sowie den Verlust von Werbeeinnahmen. ... Ihre Existenz wäre anscheinend gefährdet, falls sie Vorgänge veröffentlichen, die das offizielle Bild des Staates beflecken.

Dieser Brief richtet sich an Sie, an Ihre Regierungsequipe und insbesondere an türkische Medien auf dem langen Weg meiner Suche nach objektiver Berichterstattung über eine die Menschenrechte unterdrückende Kehrseite Deutschlands und Mitteleuropas. Er weist vorab auf die oben genannte weiterhin aktuellen Affäre hin, die mit einem Kindesentzug, deutlicher einem **„Babyraub“ durch deutsche Staatsorgane** begann. **Dabei wurde einer vordem politisch und rassistisch verfolgten Familie, die durch die Judenverfolgung im Hitlerstaat sowie aus politischen Gründen in der DDR ein schweres Schicksal erlitt, ähnliches staatliches Unrecht zugefügt:** So als ob es sich bei der BDR um ein System handelte, in dem Willkür, Rassismus und Sippenhaft weiterhin praktiziert werden.

Brisant ist nun beim zu erläuternden Skandal, dass man einen der bedeutendsten Repräsentanten der gegenwärtiger Berliner Regierungspolitik als mittelbaren Verursacher und als vermutlichen Komplizen der Menschenrechtsunrecht übenden Behörden und Justiz nennen muss. **Weshalb es zu einer politischen Affäre führen könnte, wenn bekannt wird, dass dieser „populäre Politiker“ solches Unrecht bis heute zu decken scheint und die Vertuschung der Fakten vermutlich begünstigt, die die Öffentlichkeit bisher nicht erreichen durften.**

Jedenfalls gibt es einige Indizien, die die Annahme erlauben, dass er dazu beitrug, den zu nennenden Skandal und seine Umstände und Folgen **in mehr als 30 Jahren !!!!** von jeder Veröffentlichung fernzuhalten. Unter diesen Voraussetzungen würde es nicht schaden, falls auf Grund der Aufmerksamkeit Türkischer Medien ein Zipfelchen Wahrheit in Hinsicht auf die meiner Familie unlegbar angetanen Menschenrechtsverletzungen zum Vorschein kommt. Sie geschahen, wie gesagt, **in der BRD unter dem Signum von Antisemitismus und Antiislamismus!!!!**

Wobei dieser Vorwurf bei intensiver Recherche verifizierbar sein wird. Eine echte Exploration der Umstände erfordert allerdings Aufmerksamkeit für eine gewisse **deutsche Mediengleichschaltung**. Bei der man *diskret funktionierende Zensurmechanismen* erahnen kann, die in Deutschland wirksamer als in einem offen repressiven System die Informationsfreiheit einschränken.

Sie, Herr Präsident Erdogan, können die im Folgenden dargelegten Fakten verifizieren, indem Sie diesen Brief an interessierte türkische Journalisten und Medien übergeben.

Damit würden Sie auch der Sache der Türken in Deutschland dienen, denn es geht wie erwähnt nicht allein um Antisemitismus, sondern genauso um verbreiteten unterschweligen Hass auf Menschen mit islamischen Familienbackground, was im zu benennenden Kontext eine Rolle spielte.

Dieser war auch dafür verantwortlich, dass die aufzuklärende Affäre sukzessiv Folgewirkungen auslöste. Sie betrafen wegen dem obskuren Background des „deutschen Schattenstaates“ nicht allein deutsche, sondern auch Dimensionen europäischer Politik. ... Was andeutet, wie wichtig es wäre, einen Weg zu bahnen für Berichterstattung über das anfängliche Staatsverbrechen, welches ohne Zweifel fundamental die EMRK verletzte. Allein schon die Möglichkeit, dass es politische Folgen gab, die in keinem Zusammenhang zu stehen scheinen, kann als Gegenbeweis zu den Menschenrechtslügen Deutschlands stehen. **Überdies würden Recherchen des Backgrounds demonstrieren, wie der heimliche Druck Deutscher Geheimdienste einen erzwungenen Einklang der bekanntesten deutschen Medien- und Presseorgane herzustellen vermag.**

Bei mir kehrte inzwischen Mut zurück, um neuerlich eine Veröffentlichung zu suchen seit einigen türkischen Äußerungen der letzten zwei Jahre zu Deutschland. Sie verstärken meine Entschlossenheit es bei Gelegenheit darzulegen, dass **die staatlichen Menschenrechtsverletzungen an meiner am 2. Juni 1980 in Frankfurt geborenen Tochter Christiane** nicht nur individuell wirksam waren und damit **Leid wie aus der Nazizeit, Tränen, Familientragödien, nie endendes Verfolgungsgefühl, Depression, Krankheiten und Tod** verursachten, sondern mittlerweile *verdeckt* auch (außen-)politische Auswirkungen hervorbringen.

Allerdings bitte ich zu berücksichtigen, dass mein Familienname nicht öffentlich genannt werden sollte.

Ich möchte zur Zeit bezogen auf meinen Familiennamen lieber anonym bleibe, da ein Gefühl präsent ist, dass die Veröffentlichung der Menschenrechtsaffäre deutsche Verfolgungen auslösen kann. Sollte nämlich allgemeine Aufmerksamkeit resultieren, lässt sich erahnen, dass solche Publizität in Deutschland ungern gesehen wird. Und ich muss leider annehmen, dass sich dann nationalistischer Hass und geheimdienstliche Verfolgung bemerkbar machen. Insbesondere, falls mein bürgerlicher Familienname öffentlich genannt wird in Zusammenhang mit den Beeinträchtigungen und Diskriminierungen, die meiner Familie seit 1980 in der BRD zuteil wurden.

Die Taten der NSU, die elf Jahre lang zum „Türkenmord“ auszog und dabei geheimdienstlich diskret unterstützt wurde, erwecken Furcht vor einer indirekten Anstiftung politischer Anschläge, die die Politik gegebenenfalls duldet. Einige Fakten meines Fallkomplex sprechen für derartige Vermutungen. Denn meiner Über-

zeugung nach geschah das ursprüngliche staatliche Verbrechen auf Grund der geistigen Übereinstimmung chauvinistisch gesinnter deutscher Geheimdienst- und Polizeikreise und Politiker mit antidemokratischen Militär-Diktaturen, wie sie z.B. in Südafrika, Brasilien oder Argentinien bestanden. **Deutsche Regierungspolitik war nachweislich verbündet beispielsweise mit dem argentinischen Militärregime jener Tage (1975 – 1983).** Ein Regime, das ähnliche Verfolgung an seinen Kritikern übte, nämlich **„Raub von neugeborenen Kindern“** aus dem Familienkontext von Menschen, die kritisch eingestellt waren. **Solch' ein „argentinischer Fall“ bildet den Ausgangspunkt des zu denunzierenden Skandals:**

Der staatliche Kindesraub eines neugeborenen Babys bei vermuteter stiller Billigung durch einen nahebei als **Anwalt praktizierenden Politiker, der später Kanzleramtsminister wurde, zuständig für die Koordination der deutschen Geheimdienste, danach Deutscher Innenminister und Ziel eines Anschlags, ... inzwischen Deutscher Finanzminister.**

Lassen Sie mich einige persönliche Voraussetzungen nennen: Leider trage ich als Bürger Deutschlands weiter den jüdischen Familiennamen meines Großvaters, der bei den Nazis als „Volljude“ galt, dessen Schwester in Auschwitz ermordet wurde, dessen nahe Verwandte emigrierten, dessen Sohn, mein Onkel, als „Halbjude“ in Potsdam von der SS erschossen wurde, als sich im April 1945 die sowjetischen Truppen Berlin näherten. Meine junge Mutter überstand nur mit Glück den 2. Weltkrieg im Untergrund, nachdem sie 1943 ein „Rassengutachten“ des deutschen „Reichssippenamtes“ erreicht hatte, das sie als „Halbjüdin“ auswies. Sie wirkte nach dem Volksaufstand des 17. Juni 1953 beim Widerstand gegen das Regime der DDR mit und wurde deshalb zusammen mit meiner Großmutter 1955 verhaftet. In der Folge musste sie wegen „Boykotthetze und Sabotage“ gegen den Sowjet- und DDR-Kommunismus vier Jahre Gefängnishaft in einem DDR-Foltergefängnis durchstehen, aus dem sie krank und für den Rest ihres Lebens leidend entlassen wurde.

Väterlicherseits bin ich Araber. Enkel eines Imams und Sohn eines islamischen Gelehrten, der beim Befreiungskrieg Algeriens (1954 – 1962) mitwirkte und seither mit maßgeblichen arabischen Politikern und Diplomaten bekannt oder befreundet war. - Darunter der heutige algerische Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika. Diese beiden Abstammungslinien des Vaters verursachtem anscheinend, dass meine am **2. Juni 1980** in Frankfurt geborenen Tochter ab ihrer Geburt in der Universitätsklinik ihrer Mutter und folgend mir, obwohl ich ihr ehelicher Vater bin, von Seiten des Staates weggenommen, besser *gestohlen* wurde. **Das lief gesetzwidrig und total willkürlich ab.**

Als ich nämlich 1983 endlich Näheres über den Ablauf der staatlichen „Inobhutnahme“ meines Babys erfuhr, das ohne die Eltern zu benachrichtigen oder gar deren Zustimmung, wie gesetzlich vorgeschrieben, einzuholen für eine **anonyme Adoption** in großer Eile *zur Verfügung gestellt* worden war, begegnete ich Umständen, Geschehnissen, Abwehrreaktionen, entwürdigender Entrechtung, erfundenen Denunziationen, sozialer Repression und Justizwillkür, die exakt zum Bild eines repressiven Willkürstaates passen. **Unzählige Diskriminierungen mir und meinen Angehörigen gegenüber, die sich in Serie aus diesem Skandal offiziell und inoffiziell ergaben, können niemals vergessen und vergeben werden!** Doch in der Folge erkannten weder die deutsche noch die europäische Justiz an,

dass elementares Menschenrechtsunrecht an meiner Tochter, ihrer Mutter und mir geschehen war. **Kein Justizorgan wollte Aufklärung schaffen**, obwohl ich über die Jahre hinweg immer wieder versuchte die Justiz mit dieser Affäre zu befassen. Selbst einem Akteneinsichtsgesuch, um das Versagen von Staatsorganen deutlicher nachweisen zu können, wurden noch 32 Jahre später von Gerichten unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt, ... die angeblich gesetzmäßig seien. Weil somit über die Zeit hinweg weder bei Politikern noch westlichen Medien *trotz mannigfachen Insistierens* nie das geringste Interesse angeregt werden konnte, dieses staatliche Verbrechen zur Kenntnis zu nehmen und näher zu untersuchen, veranlasst dies meinerseits eine Analyse, die anhand der gemachten Erfahrungen zu einer generellen Verallgemeinerung führt **hinsichtlich der moralischen Qualitäten des heutigen Deutschlands. Ich muss auf Grund von Ignoranz und allgemeiner Gleichgültigkeit, auf die ich bei Tausend Versuchen traf um diese Affäre in den Fokus der Aufmerksamkeit von angeblichen „Hütern von Moral, Ethik und Recht“ zu rücken, die den öffentlichen Diskurs bestimmen, zu einer vernichtenden Einschätzung der Sicherung von Menschenrechten in unserer Gesellschaft gelangen.**

Von dieser Affäre her betrachtet muss die deutsche Nation als weiterhin antisemitisch, antiarabisch, antiislamisch und im konfrontativen Gegensatz zu den universellen Menschenrechten befindlich eingestuft werden! Schon allein die Tatsache, dass es trotz enormer privater Anstrengungen nicht gelang **in 34 Jahren** etwas darüber zu veröffentlichen, unterstützt diese Beurteilung. Selbst unter Literaturverlagen, die das kulturelle Ansehen der Nation begründen, war seit Mitte der 1980-er Jahre keinerlei Interesse an diesem makaberen Stoff zu finden. Keiner unter Dutzenden Verlagen wollte seine Aufmerksamkeit auf diese gravierende deutsche Affäre richten. Man kann daher m. E. in diesem nie aufgeklärten Menschenrechtsfall mit Berechtigung ein westliches Gegenstück sehen zur amerikanisch-iranischen Familienaffäre „**NICHT OHNE MEINE TOCHTER!**“, mit der eine umfangreiche Hetze gegen den Islam begründet wurde, als unter dieser Überschrift 1990 eine globale Medienkampagne startete, die mittels Buch und Hollywoodfilm verbreitet wurde. So schuf man ein Image der islamischen Welt, dem gemäß Frauen und Mädchen in islamischen Gesellschaften fürchterlicher Barbarei ausgesetzt seien.

Jedoch, indem mir jede, wirklich fast jede repräsentative Kraft der deutschen Gesellschaft im Verlauf der fünfunddreißigjährigen Affäre bei Tausend Anläufen, mit denen ich um Veröffentlichung warb, bewies, dass sie weit unmenschlicher gegenüber Frauen und Kindern eingestellt sein kann, wenn sie profunden Vorurteilen nachlebt, **zeigt das Beispiel Christianes, dass dem Rechtsstaat, der demokratischen Kontrolle und der Menschenrechtsgesinnung der Deutschen nicht zu trauen ist.** Denn meine Tochter musste ohne jede Unterstützung, die ich für sie suchte, mit einer total gefälschten Identität heranwachsen, die sie für immer psychisch gezeichnet hatte, schon bevor ich sie nach langer Suche, *bei der mir niemand half*, 1998 fand. Eine Befreiung bedeutete für sie die folgende **sozialpsychologische Schizophrenie** jedoch nicht, weil die Wahrheit über ihre Herkunft dem sozialen Milieu Hamburgs, in dem sie seit 1992 lebte, diametral widersprach. Sie konnte bis heute nicht von inneren Qualen erlöst werden, die aus der materiellen und psychologischen Abhängigkeit von ihrer Adoptionsfamilie hervorgehen. Am Rande meines **Adoptionsanfechtungsverfahrens 1983-1986** bewiesen Vorfälle und Äußerungen aus der Adoptivfamilie, dass diese in vollem Umfang eine antisemitisch-rassistische menschenverachtende Nazigesinnung hegte. **Meine Tochter war somit von Nazis „eingekauft“ worden.** Was sich u.a. daran zeigte, dass mich der

Adoptivvater mit Waffengewalt unter Billigung durch die Polizei bedrohen durfte, als ich diesen „Besitz“ eines Kindes allein nur durch meine friedliche Präsenz in Bad Homburg v.d.H., wo sie wohnte, in Frage stellte. *Die betreffende Szene, bei der ich aus der Stadt vertrieben wurde, hätte in einem Wildwestfilm, in dem inszenierte Lynchjustiz vorkommt, spielen können!*

Fakten (chronologisch) kurz dargelegt:

1980 beendete ich mein Studium in Frankfurt als Diplompädagoge. Allerdings fand ich in der Folge, dass man mir nie einen Arbeitsplatz im pädagogischen Bereich anbot, wobei insbesondere die staatliche 'Agentur für Arbeit' („Bundesanstalt für A.“) Diskriminierung verdeutlichte, während ich mir damals die Gründe nicht einmal vorstellen konnte: So sehr *war ich beeinflusst vom geheuchelten Image der BRD als liberal, freiheitlich, demokratisch und antirassistisch*. Schon vor Abschluss meines Studiums hatten finanzielle Umstände verursacht, dass ich mich Spätherbst 1979 von meiner am **7. 9. 1979** geheirateten Frau trennen musste, mit der ich somit nur kurz zusammenlebte. Wir blieben nicht im Kontakt, obwohl wir noch bis 1986 rechtlich verheiratet blieben. Die Ursachen waren vielfältig, und es lag weniger daran, dass wir uns gestritten hatten, als an dem, dass sie sich mit ihrer Schwiegermutter nicht verstand. Trotzdem besaß sie im kritischen Zeitraum nur deren Adresse, jedoch nicht die meine, weil ich damals mehrfach die Wohnung wechselte. Sie war ebenfalls umgezogen, und ich konnte sie über Jahre hinweg genauso wenig erreichen. *Vor unserer provisorischen Trennung hatte sie mir nicht mitgeteilt, dass sie schwanger war, und dies verzögerte die gegenseitige Verständigung über unser Kind*. Wie ich erst nach Jahren erfuhr, erlebte sie in der Folge die Geburt unserer Tochter als einsame und erkrankte Frau. Deshalb kam unsere gemeinsame Tochter Christiane 1980 als Siebenmonatskind zur Welt, das monatelang in der Uniklinik blieb. Wie ich in der einzigen Akte las, die ich kurz einsehen konnte, hat damals meine erheblich erkrankte Frau vergeblich versucht unsere Tochter zu sich zu nehmen. Jedoch hatte man ihr keinen rechtlichen Beistand zugestanden, und **sie unterlag den Staatsautoritäten, die mit der Absicht das Baby zur Adoption frei zu geben diffamatorische Auskünfte über sie kolportierten**. In der Folge wurde ihr wegen dem Versäumnis von engen Klagefristen rein formalistisch und ohne jedes humane Verständnis, ohne jedes persönliche Gespräch! die Möglichkeit genommen gegen einen Beschluss des Jugendamtes vorzugehen, der uns als Eltern herabsetzte und uns aus angeblicher „Kindeswohlgefährdung“ die Elternrechte absprach. Zugleich beschädigten die ohne jedes Gespräch zustande gekommenen Aussagen der Behörden unsere Menschenwürde: Nicht zuletzt durch herabsetzende Sprache und Begrifflichkeiten. Auch unterließ man es absichtlich von staatlicher Seite mich über die Geburt unserer Tochter zu unterrichten, obwohl ich jederzeit erreichbar gewesen wäre über die Anschrift meiner Mutter, d.h. über deren **Wohnsitz in Offenburg**. Unter dieser Adresse hatten wir erst neun Monate vor Christianes Geburt geheiratet. Und dies war im „perfekten“ Wohnsitz- und Meldewesen Deutschlands auch genügend amtlich dokumentiert. Z.B. durch ein Familienbuch beim Standesamt Offenburg. **Dennoch gelangte ich erst im September 1983 durch einen Zufall in Kenntnis ihrer Geburt und Existenz**. Zugleich war es unglaublich schockierend und traumatisierend, wie ich nun aus einer überschriebenen Beilage des Familienbuchs von der inzwischen erfolgten, absolut ungesetzlichen Adoption unseres Kindes erfuhr. Das Baby war schon nach einem halben Jahr gegen alle Regeln von Kultur, Sitte, Gesetz und Anstand und entgegen dem Achtungsgebot von Familie und Ehe im deutschen Grundgesetz und dazu, wie gesagt, ohne mich zu kontaktieren, in eine **anonyme Adoption** vermittelt worden. **Das war so arrangiert, als verkaufe der Staat einen Menschen in die Sklaverei. ...**

Für mich erhielt der Skandal des versklavten Babys ziemlich bald politische Dimensionen.

Wenn man Umstände und Methoden näher ansieht, so war von den Behörden das Kind derart zu einem „Objekt“ von Willkür reduziert worden, dass mir dazu schon anfangs **Begriffe wie Kinderhandel / Kindesraub** einfielen. Anders ließ es sich auch später nicht interpretieren, wenn man sich mit der Bereitwilligkeit der staatlich Stellen befasste unser Baby ohne Achtung der Menschenrechte an eine anonymisierte Familie quasi zu „verkaufen“. **Was sich so anfühlte, als sei die Sklaverei in Deutschland auch juristisch zulässig.** Eine Analyse der vorgekommenen „Rechtsfehler“, die ohne Weiteres als staatliche Verbrechen gelten können, wurde jedoch bislang, egal wie oft ich Aufklärung bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und amtierenden Regierungspolitikern einforderte, von höherer Seite – *Politiker und Gericht befanden sich dabei im Einklang* – unterdrückt, verhindert, boykottiert, sabotiert. Dabei hätten mehrere Hundert von mir angeschriebene Professionelle im Bereichen der Medienberichterstattung oder der Justiz, die die mir bekannten Informationen erhielten, sofort verstehen müssen, **wie kriminell sich der Kindesentzug gemäß der Strafgesetze ausnahm.** Es handelte sich um ein **Offizialdelikt**, und jeder wäre verpflichtet gewesen, die von Behörden begangene Straftat zur Anzeige zu bringen. **Es hätten bei einem allgemeinen Respekt für die Menschenrechte Hunderte von Strafanzeigen eingehen können, um die Staatsanwaltschaften in Bewegung zu setzen gemäß den Grundsätzen des deutschen Rechts.** Doch nicht einmal jene Offenburger Rechtsanwältin, die mich zeitweilig vertrat, folgte diesem Weg. Die Gründe, weshalb niemand reagierte, sind so unverständlich und merkwürdig, dass bald der begründete Eindruck entstand von im Background intervenierenden „schwarzen Kräften“ eines („tiefen“) Staates. **Handelte es sich möglicherweise um Interventionen von Geheimdiensten?** Das begangene Verbrechen an einem Baby, einem Kind, das lebenslang die Folgen seines Aufwachsens in einer fremden Identität zu tragen hat, sollte offenbar mit allen Mitteln vertuscht werden. Jedenfalls erfolgte die Evaluation von gegebenen Indizien bislang von keiner Seite. Niemand zeigte sich je an diesem Skandal interessiert.

Unter Hunderten Politikern, Journalisten, Menschenrechtsbeauftragten, Juraprofessoren, (Verfassungs-)Richtern und Intellektuellen, die ich ansprach/anschrieb oder aufsuchte, darunter Judaisten wie der bekannte Holocaustforscher Professor Wolfgang Benz oder auch jüdische Gemeindevertreter, nahm es folglich niemand auf sich, die Menschenrechte im Kontext zu sichern oder vorgekommenen Grundrechtsverletzungen nachzugehen.

Wenn ich mitteilte, dass ich nicht nur jüdischer, sondern überdies auch arabisch-islamischer Abstammung bin, flammten bei Gesprächspartnern die diskreten Vorurteile so offen auf, dass dies nicht übersehen werden konnte. So empfand ich mich in Deutschland stets als Fremder und als desavouiert, wenn ich meinen arabischen Vater erwähnte. Daran schien ein Manko zu haften. **Auch das berechtigt einzuführende „Antisemitismusargument“ war völlig kraftlos, sobald erahnt, gefühlt oder bekannt wurde, ich sei durch meinen mir kaum bekannten Vater 'Araber'.**

Schon allein wegen dieser Haltung in der deutschen Gesellschaft erhielt die Affäre der anonym adoptierten Christiane dramatische politische Facetten, als ich zu ergründen versuchte, weshalb mein Kind zu einem Adoptionsschicksal verurteilt wurde und wer mir dabei helfen könnte das Kindes- und Elternrecht wieder herzustellen.

Wie sich bei mühevollen Recherchen herausstellte, hatte es von Seiten der zuständigen hessischen Behörden nie einen ernsthaften Versuch gegeben mir eine Benachrichtigung über die Geburt des Kindes und seine „Inobhutnahme“ sowie über die beabsichtigte Adoption zuzustellen. **Sie schufen sich vielmehr zielstrebig Vorwände die fehlende väterliche Einwilligung zur Adoption des Kindes zu ersetzen. In ihren Akten gaben sie betrügerisch und erlogen an, sie hätten die Adresse des Kindesvaters nicht ausfindig machen können.** Diese Ausrede war so schlecht erfunden und derart gefälscht, dass durch sie sofort offenbar wird, wie hinterhältig, menschenverachtend und gemein die damaligen Gesetze mit voller Absicht gebrochen wurden.

Es war den Behörden gut genug bekannt, dass dieses Kind ein eheliches Kind war und dass die Heirat, der es entstammte, bei der Geburt erst 9 Monate her war. Sie hätten deshalb ohne Schwierigkeit schon anhand der Heiratsurkunde die Anschrift des

Vaters und auch anderer betroffener Familienmitglieder, insbesondere der väterlichen Großmutter, erhalten. Doch trotz des „perfekten polizeilichen Meldewesens“ in Deutschland, unterließ man es mich korrekt anzuschreiben. Dabei gab es für mich **seit Sommer 1979** den amtlichen Hauptwohnsitz bei meiner Mutter, von dem aus wir geheiratet hatten. Das wurde einfach ausgelassen. **Der „Schutz von Ehe und Familie“ existierte für jene Menschenhändler bzw. Rassisten in den Ämtern nicht, die meiner Tochter für ihr ferneres Leben die ureigene Identität stahlen.** Übrigens gab es bevor das Kind „verkauft“ wurde, auch keinerlei Versuche dessen väterliche Verwandtschaft herauszufinden, also z.B. die schon erwähnte Großmutter. Oder die Verwandten des Kindes mütterlicherseits.

Ein möglicher Grund, weshalb so absichtsvoll entgegen allen gesetzlichen Regeln gehandelt wurde, lag in verständlicher Form für jeden auf der Hand, der die damalige polizeiliche und geheimdienstliche Willkür kannte, die in der BRD bei den Terroristenjagden nach dem Herbst 1977 üblich war. Besonders bei der Sicherung und Bewachung von Politikern, *die nach Ansicht der Konservativen perspektivisch wieder die Regierung stellen sollten*, nahmen sich unsere rassistisch denkenden Geheimdienste außergesetzliche Freiheiten heraus. Und hierauf bezogen gab es einen zentralen Umstand, der vermuten lässt, dass sie an der Entstehung des vorliegenden Falles beteiligt waren. **Nur 8 Meter entfernt** gab es nämlich neben dem Zweifamilienhaus meiner Heimatanschrift, Am Waldbach 7 in Offenburg das direkt angrenzende Nachbarhaus Am Waldbach 5. Dieses gab Anlass für solche Vermutungen. Darin befand sich die Anwaltskanzlei des CDU-Bundestagsabgeordneten **Wolfgang Schäuble**, des späteren deutschen Innenministers, der höchstwahrscheinlich von einem der Geheimdienste bewacht wurde. **Schäuble war dort oft anwesend.** Wenn er kam oder ging, bot er, wenn wir ihn auf der Straße sahen, für Gespräche unter Freunden immer wieder Anlass für harmlose satirische Bemerkungen. Seine Kanzlei bewies allerdings 1983, *noch bevor ich Kenntnis vom Schicksal meiner Tochter erlangte*, **wie negativ man dort gegenüber Türken eingestellt war:** Ich hatte einen seiner Teilhaber in dieser Anwaltssozietät gebeten einen kleinen zivilen Rechtsstreit zu übernehmen. Als dieser bei der Vorbesprechung meinen **Vornamen Ismail** auf Papieren entdeckte, verwandelte sich sein Gesicht zu Stein. Er lehnte urplötzlich ab sich mit dem Fall zu befassen und geleitete mich sofort zur Türe. Etwas später erfuhr ich von einer Sekretärin dieser Kanzlei, mit der ich mich vor dem Haus auf der Straße unterhielt, **dass mich jener Partner des Herrn Schäuble für einen Mann mit türkischer Abstammung hielt: Es habe daher keine Chance bestanden, dass ich in dieser Kanzlei Klient würde. So war die Atmosphäre im Heimatmilieu des Herrn Schäuble.**

Im anderen Nachbarhaus, Am Waldbach 9, lebte der damalige Oberbürgermeister von Offenburg mit seiner Familie. Man kann sich daher kaum vorstellen, weshalb eine derart seriöse Adresse, unter der die Ehe mit der Kindesmutter geschlossen worden war, angeblich für Behörden und Gerichte in Hessen nicht auffindbar oder inakzeptabel gewesen sein soll ... !

Sie war in vorliegenden Datensätzen wahrscheinlich mehrfach enthalten und bezeichnete außerdem den Wohnsitz der Großmutter des vorgeblichen „Waisenkindes“.

Eine **v e r g l e i c h s w e i s e** anzustellende Überlegung hinsichtlich der behördlichen Ausrede führt zu folgendem Resultat: Hätte man einen Schuldner finden oder auch nur ein kleines Verkehrsdelikt, wie eine Geschwindigkeitsübertretung, einen Parkverstoß mit dem KFZ oder einen minimalen Ladendiebstahl ahnden wollen, so hätten die deutschen Meldebehörden einer anfragenden (Polizei-) Dienststelle *innerhalb von fünf Minuten* alle infrage kommenden Zweitwohnsitze oder gegebenenfalls noch gültige Voradressen benannt. Das hätte perfekt funktioniert, und ich wäre sofort gefunden worden. Schriftstücke des Staates wären ohne Verzug bei mir angelangt.

Doch es ging lediglich um ein Kind!

Übrigens steht außer Frage, dass als notwendige Formalität bei der Adoptionsfreigabe, die 1980 vom Jugendamt Frankfurt gemeinsam mit dem Jugendamt des Main-Taunus-Kreis betrieben wurde, das bei der Heirat angelegte Familienbuch oder mindestens eine Kopie der Heiratsurkunde vorlag. Darin war Offenburg als Wohnsitz der zu Trauenden angegeben. Die Sorgfaltspflicht bei einem so entscheidenden Akt wie einer „Adoptionsfreigabe ohne elterliche Einwilligung“ hätte daher zwingend geboten, über das Standes- oder Meldeamt auf Grund des Familienbuches den Kindesvater ausfindig zu machen. *Doch dieser Schritt unterblieb.* Es wurde vielmehr in der Vorlage des Jugendamtes stattdessen ein "Aufenthalt unbekannt" hinsichtlich des Vater vermerkt. Mehr als merkwürdig ist in diesem Kontext auch, dass sich sowohl ein eingeschalteter Notar wie auch das genehmigende und zertifizierende und ebenso zur Sorgfalt verpflichtete Familiengericht Königstein im Taunus damit zufrieden gab, dass der Vater angeblich nicht ermittelbar sei.

Das Fehlen von Rechtsbewusstsein und gutem Willen und damit die waltende Verantwortungslosigkeit ersieht man auch daraus, dass den zuständigen Gerichten und Behörden ein weiterer Weg offen stand, meinen Aufenthalt zu ermitteln:

In den damaligen Akten wurde ich als Student bezeichnet. Christianes Mutter hatte aktenkundig gemacht, dass ich in Frankfurt als Student immatrikuliert war. Es wäre daher selbstverständlich gewesen zur Ermittlung meines Aufenthalts eine Anfrage an die Universität zu richten! Da ich dort im Sommer 1980 erfolgreich mein Examen als Diplompädagoge ablegte, wäre es ein Leichtes gewesen über die Universität auch meine aktuelle Frankfurter Anschriften, über die ich in Hessen unmittelbar erreichbar war, zu erhalten.

Soweit eine kurze juristische Erörterung der Versäumnisse von Seiten staatlicher Behörden, die ein Lebensschicksal entschieden. Weiteres, wie jener **Prozess beim Familiengericht Bad Homburg v. d. H., den ich 1984 anstrebte** und wegen einer scheinheiligen, heuchlerischen Abwägung des "Kindeswohls" verlor, steht insbesondere unter Gesichtspunkten von Rassismus und Antisemitismus zur Debatte. Diese Haltung wurde daran erkennbar, wie das Adoptionsgericht und später der Bad Homburger Richter darüber hinweggingen, dass die Kindesmutter angegeben hatte, ihre Tochter sei väterlicherseits jüdischer Abstammung und man müsse dies mir gegenüber berücksichtigen. Genau dies geschah eben nicht! Vielmehr versuchte 1984 der Homburger Richter, mich zum Angeklagten zu machen und die Verhandlung wie einen gegen mich geführten Strafprozess auszurichten, weil die gesetzlich garantierte (heute aufgehobene) Anonymität der Adoption aufgefliegen war. Dies war nicht meine Schuld gewesen. Ein Mitarbeiter des Standesamtes Frankfurt hatte mir die entsprechende Fotokopie, die den Familiennamen der Annehmenden aufwies, zugespielt. Dem voreingenommenen und sich mehrfach rassistisch äussernden Richter kam es allein darauf an, diesen Nebenumstand aufzuklären. Zu diesem Zweck hatte er bei der Hauptverhandlung über das Kind vom **18. Mai 1984** aus völlig unverständlichen Erwägungen (!! den Leiter der Frankfurter Standesämter (*eine 600.000 Einwohnerstadt*) beigezogen. ... Beide befragten mich inquisitorisch, wie ich den anonymisierten neuen Familiennamen meiner Tochter herausgefunden hätte und bedrohten mich massiv mit strafrechtlichen Konsequenzen, die ein solches Wissen bergen würde. ... Hingegen der Umstand, dass die Adoption der Sache nach unrechtmäßig, ja auf strafbare, menschenrechtswidrige Weise zustande kam und nicht wirksam sein durfte, berührte den Bad Homburger Richter überhaupt nicht. Sein später durch das Landgericht Frankfurt bestätigtes Urteil ging trotz meiner Anträge und mündlichen Erklärungen während der Verhandlung nicht auf die Unrechtmäßigkeit der Adoption ein. Diese wurde auch vom Landgericht Frankfurt nicht moniert. Meiner Ansicht nach bedeutete dieses Vorgehen eindeutig **Rechtsbeugung**.

Was das von der Bad-Homburger und Frankfurter Justiz beschworene "Kindeswohl" anbelangte, so wuchs meine Tochter schon früh verunsichert und von ihren Adoptiveltern missachtet absolut unglücklich auf. Spätestens, nachdem sie mit zwölf Jahren am neuen Wohnort Hamburg-Harburg davon erfuhr, dass sie ein Adoptivkind ist, war sie zutiefst verunsichert. Sie lief zeitweilig fort und ließ in ihren Schulleistungen und im sozialen Bereich nach. Diese Information, die ihr Leben seither

melancholisch einhüllt, hatte sie lange bevor ich sie fand extrem traumatisiert. In jeder Minute war seither eine gewisse Tragik bei ihr präsent, so dass sie so wenig unbefangen lebte, *wie z.B. ein Kind, das einen Krieg überstand*. Die Frage nach den Hintergründen ihrer Adoption lenkte sie ab, weshalb sie ihre Unbefangenheit im Umgang mit ihrer Mit- und Umwelt verlor. Nachdem sie 1998 gerade 18 geworden meine Bekanntschaft machte, *wobei es schwierig war, sich ihr gegenüber als Vater erkennen zu geben*, baute sie weitere Komplexe auf, **als sie, die in einer Nazifamilie aufgewachsen war, erfuhr, dass sie per Geburt in Beziehung zur antisemitischen NS-Vergangenheit steht**. Diese Art Betroffenheit durch Zeitgeschichte erreichte Christiane nach und nach. **Sie wurde zusätzlich schockiert, weil sie als direkte Nachfahrin deutscher Juden genauso behandelt wurde, wie es im 3. Reich für "Mischlingskinder" gegolten hätte. Damals hätte die Terminologie des Familiengerichts vielleicht gelautet:**

**"Zur Tilgung von Rassenschande wird beschlossen das jüdisch-stämmige Kind
XXXY zur Adoption an eine arische Familie zu übergeben."**

Daher nahm es seit 1998 meine Tochter arg mit, dass sich unleugbar Aspekte von Naziunrecht bei ihr in neuen Formen manifestiert haben. Mag es auch Tausend andere Formen widerrechtlicher Machenschaften bei Adoptionen geben, so glaubte sie, glaube auch ich, dass es wohl äußerst selten ist, dass **eine Imitation von Nazipraktiken in Deutschland bei einem Kind** vorkommt, das in der Nachfolge derer steht, die den Holocaust überlebten. Im Kant-Gymnasium, das sie bis 2000 in Harburg besuchte, wurde z. B. Projektunterricht angeboten, in dem der Nationalsozialismus wie etwas Abgeschlossenes, den heutigen Deutschen unvorstellbar Fernes und Fremdes untersucht wurde. - **Doch sie hätte kaum wagen dürfen, es ihren Mitschülern zu offenbaren, dass sie sich in der heutigen Zeit von vergleichbarem Unrecht betroffen sieht.**

Diese Affäre war für mich von Beginn an auch ein **Glaubwürdigkeitstest für Moral und Gesinnung von Politik und Medien** vis-a-vis jüdisch-stämmigen Deutschen sowie gegenüber entrechteten Frauen und Kindern in Anbetracht des öffentlich proklamierten Feminismus. Deshalb unternahm ich mit dem Ziel die Deutschen zu testen viele Anstrengungen, diesen Skandal Spitzenpolitikern und Medienvertretern zur Kenntnis zu bringen. U.a. nahm ich schon 1984 Kontakte mit bedeutenden Presseredaktionen auf und besprach mich in manchen Vertretungen, z.B. in Bonn, mit deren Repräsentanten. Ob DER SPIEGEL oder STERN, ob DIE ZEIT, die Brigitte oder taz und FAZ, ob die Süddeutsche, BILD, die WELT oder die FRANKFURTER RUNDSCHAU, ob EMMA oder die COURAGE, ob Radio- oder Fernsehredaktionen, so gut ich es vermochte, wurden bekannte Medien von mir informiert. Es fanden auch direkte Gespräche statt. Mit manchen auch zweimal. Gut ist mir z.B. Frau Marion Schreiber noch entsinnlich, die später den DER SPIEGEL in Brüssel vertrat. Doch es fruchtete nichts, niemand sah sich veranlasst, diesem Fall nachzugehen und ihn eventuell in den Fokus von Medienaufmerksamkeit zu rücken. Bei mir bleibt daher seit Langem der Eindruck zurück: **Die Medien schauen in Deutschland mit Hohn, Arroganz, Gleichgültigkeit und beliebiger Optik auf Unrechtsfälle!** Statt auf die Tragik des Falles einzugehen, fanden bei den Angesprochenen oft emotionale Abwehrreaktionen statt: Man wollte mir z. B. Schuld an der Affäre zuweisen, weil ich mit meiner Ex-Frau nicht in Kontakt geblieben war. Oder, was ich besonders fies von Seiten eingeschworener "Feministinnen" – *u.a. auch Politikerinnen, wie z.B. die Ex-Bundesfamilienministerin Anke Fuchs*, - empfand, **man erhob sich über mein Anliegen, indem man mir das Recht als Vater absprach, mich um Christiane zu kümmern. Man unterstellte, ich hätte dieses Kind als meinen "Besitz" reklamieren und aus angenehmen Wohlstandverhältnissen herausreißen wollen.**

D. h. **mir wurde nie auch nur ein Funken Herz, Gefühl, Familienehre oder Menschenwürde zugestanden.** Für diese diskriminierenden ausgrenzenden Haltungen war das heimliche antisemitische und antiislamische Ressentiment verantwortlich. Und dabei hatte ich fast nie verlauten lassen, dass ich mit islamischen Familienbackground geboren wurde, was die mir

geltende Ablehnung noch um einiges verstärkt hätte. Derartige Erfahrungen, die sich gleichförmig wiederholten, prägten mich und bestärkten mittlerweile spirituell all jene Muslime, die die Medienkultur des Westens als dekadent, verdorben, verlogen, heuchlerisch und wie eine Fälschung empfinden: Etwa entsprechend dem Roman '1984', in dem beim 'newspeak' des 'Big Brothers' jede Formulierung das Gegenteil von dem meint, was sprachlich zum Ausdruck gebracht wird.

Sehr negativ wirkte ganz allgemein diese deutsche Ignoranz, die offizielle Menschenrechtsdeklarationen Lügen straft, nachdem ich versuchte, den Kindesraub-Skandal auch politischen zu bearbeiten. Als Erstes versuchte ich meinen Status als freier Bürger mit allen demokratischen Rechten zu klären. Denn als ich von Christianes Existenz durch die Kopie einer Urkunde am **11. September 1983 erstmals** erfuhr, hatte mich Furcht vor der zu Tage getretenen Staatswillkür gepackt. Ich vermutete dass die Geheimdienste die den Fall anscheinend im Background arrangiert hatten, meinen nun einsetzenden Bemühungen weitere Intrigen und Fallstricke einer unkontrollierten Staatswillkür in den Weg legen würden, wenn ich es nicht schaffen würde so bald wie möglich in gewissem Umfang zu einer öffentlichen Person zu werden. Um dies zu erreichen nutzte ich die im **Oktober 1983** anstehende Neuwahl eines Oberbürgermeisters für Offenburg. Nur gestützt auf Kontakte zur noch wenig bekannten Partei 'Die Grünen' ließ ich mich als Kandidat aufstellen. Durch meine Wahlkampagne konnte ich zumindest in der Stadt-Öffentlichkeit bekannt werden. Ich wollte damit auch demonstrieren, *dass der Einfluss des BURDA-Medienkonzerns, der in Offenburg das Patronat über die Stadt besaß und den CDU-Politiker Schäuble mit seinem Medieneinfluss immer protegiert hat - Burda stand damals an 3. Stelle der Medienkonzerne in der BRD – auch in dieser Gegend nicht alles nach feudalem Belieben richten konnte. ... Natürlich wurde ich ohne Wahlkampfgelder nicht gewählt. Und Punkte meines Wahlprogramms wurden in dieser Stadt erst Jahre später realisiert. (Z.B. ein Offenburger Lokalradio, das ich 1983 forderte.)* Aber diese Wahlkampagne hat sieben Jahre danach offenbar Voraussetzungen dafür geschaffen, dass einige Menschen, die in der Zwischenzeit privat von der Kindesraubaffäre erfuhren, späterhin jene Inspiration verbreiteten, die dem deutschen Innenminister ab dem 11. Oktober 1990 in einem benachbarten Schwarzwaldtal zum bleibenden Verhängnis geriet. Dazu lässt sich meinerseits erzählen:

Wegen der oben genannten Vermutungen, sah ich mich veranlasst den CDU-Politiker **Schäuble** zu sprechen. Für den **16. August 1984** wurde ein Gespräch verabredet in seinem Wahlkreisbüro neben dem Offenburger Grimmelshausengymnasium, meiner früheren Schule. Dabei informierte ich ihn umfassend über den Fall und zudem über meinen Verdacht, dass ein für seinen Schutz verantwortlicher Polizei- oder Geheimdienst 1980 eine Intrige gesponnen hatte. Er erfuhr von meiner Vermutung, dass meine Frau in ihrer Heimatstadt Frankfurt die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, weil sie Sympathisanten des linksextremen Terrorismus in der alternativen Szene Frankfurts kannte. *Allerdings war sie damals eine unter Tausenden, die mal irgendwann linksextreme Terroristen gekannt haben.* **Vom späteren deutschen Außenminister Josef Fischer weiß man beispielsweise, dass er mit RAF-Terroristen in besetzten Häusern sogar zusammengelebt hat.** Und es ist auch kein Geheimnis, dass im Umfeld der ihn tragenden alternativ-grünen Bewegung vordem viele „Grüne“ Sympathien für die RAF hegten. - **Sollten frühere Bekanntschaften meiner Frau dafür verantwortlich sein, dass man dafür sorgte, dass ihr und mir unser Kind vorenthalten wurde? Schäuble** versprach spontan alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um die Affäre aufzuklären. Auch wollte er mich über den Erfolg seiner Bemühungen informieren. ... Wenig später wurde er am **16.11.1984** Bundeskanzleramts-Minister. Von da an standen ihm als Regierungskordinator der deutschen Geheimdienste vielfältige Möglichkeiten zur Aufklärung und Ana-lyse dieser Affäre zur Verfügung. Und drei Jahre darauf befand er sich als Innenminister in der kompetentesten Machtposition der BRD, um die Wahrheit herauszufinden und das Unrecht wiedergutzumachen. **Doch dieser Affäre war ihm nun egal!! Trotz Mahnungen erhielt ich von seinem Büro jahrelang nur Ausflüchte und Ausreden zur Antwort und somit deutliche Zeichen von hohnvoller Staatsarroganz gegenüber dem vorliegenden Menschenrechtsunrecht.**

Als er **Mitte Oktober 1990** beinahe tödlich angeschossen wurde, war es daher, als hätten sich Rachegelüste meiner Exfrau Bahn gebrochen, die meine legalen Bemühungen um unsere Tochter nur belacht und zynisch-ironisch begleitete hatte. Möglicherweise bestand sogar ein Zusammenhang, ein direkter *"Link"*, weil der Attentäter, der bei Oppenau auf den deutschen Innenminister schoss, einer ihrer Bekannten war, mit dem sie über die skandalöse Kindeswegnahme gesprochen haben will. **Sie meinte, sie selbst habe ihn zu diesem Attentat motiviert**, als sie auf ihn mehrfach in Darmstadt traf, während sie ihn dort dabei beobachtete, wie er in einem Park Drogen erwarb. Es gab allerdings auch weitere Menschen aus unserem Bekanntenkreis, die den Attentäter beeinflusst zu haben sich postum rühmten. In Appenweier, woher dieser Dieter K stammte, war er als Sohn des dortigen Bürgermeisters bekannt wie ein bunter Hund. Und ich kannte viele aus seinem Umkreis in Appenweier, darunter ehemalige Schulkameraden, die im Laufe der Zeit von der Kindeswegnahmeaffäre erfuhren. So manche hatten meine These akzeptiert, dass Schäuble der wahrscheinliche Anlass war für die Affäre, und dass er fundamental entgegen demokratischen Prinzipien handelte, als er die Aufklärung des Verbrechens an meiner Tochter, das wahrscheinlich Geheimdienste anrichteten, nicht betrieb, sondern die Sache ruhen ließ. **Meines Erachtens wurde er in seinen hohen politischen Ämtern schuldig an der Vertuschung der wahren Tatsachen und der Hintergründe bei diesem Kindesraub!**

Dieser Ansicht pflichteten viele bei. Auch Leute aus dem Umfeld des späteren Attentäters. Indem Schäuble gegenüber dieser Affäre so indifferent blieb, als hätten Menschenrechte nie auf seiner politischen Tagesordnung gestanden, zog er sich jedenfalls um die Antike zu zitieren „**die Rache der Nemesis**“ zu. Man könnte auch diverse Koranverse nennen, die „**ALLAH als unfehlbaren Rächer**“ apostrophieren. Oder auch die Bibel: „**Die Rache ist mein, spricht der Herr**“.

Ich sehe es nicht mit Schadenfreude, dass Herrn Schäuble auf einem unübertreffbaren Höhepunkt seiner politischen Laufbahn im Moment des Vollzugs der deutschen Wiedervereinigung ein Attentat ereilte. Mich fasziniert einfach der zusätzliche Umstand, dass jene außerirdische Gewalt, die den Taterfolg des psychisch desorientierten Dieter Kaufmanns sicherte, auch dafür sorgte, dass er Deutschland *lebendig* erhalten blieb. **Sein Tod hätte andernfalls für kurze Zeit Aufsehen erregt, aber die Vergeltung für das von ihm verschuldete Schicksal meiner Tochter wäre im göttlichen Buch des Lebens final abgebucht worden.** - So hingegen, indem er über weitere Jahrzehnte im Mittelpunkt der europäischen Politik tagtäglich seine persönliche Tragödie im Rollstuhl zur Schau stellte, wurde er zum Sinnbild. Auch wenn es wegen Informationszensur niemand ahnte: **Schäuble war seither symbolisches Opfer eines folternden Rachegottes, der ihn im Tartaros an den Höllenfelsen der Politik anschiedete.** Er sollte nicht sterben, ehe nicht die Schuld, die auf ihm lastet, an den Tag kommt. **In meinen Augen ist Schäuble auf dramatische Weise zum Symbol einer praktisch untilgbaren Schuld geworden, für die es keine Vergebung gibt, ehe er sie anerkennt.**

Vielleicht versuchte er ja den über ihm lastenden Geist der Schuld zu verscheuchen, als er *wiederum tätig in der Funktion als Innenminister 2007 die „Islamkonferenz“* ins Leben rief. Aber wie hätte er sich entschöhnen können, so lange er sich nicht entsann, dass er einem antisemitischen und antiislamischen Staatsverbrechen stillschweigende Billigung und Duldung gewährt hat, als er in den 1980-er Jahren sein mir gegebenes Versprechen brach selbst für Aufklärung zu sorgen ... ?

Nach den Schüssen, die ihn in Oppenau im Oktober 1990 ereilten, hat er von mir Hinweise darauf erhalten, wie die Motivation des Attentäters beeinflusst worden war. Doch er interessierte sich dafür ebenfalls nicht. Er fragte nie zurück.

Als ich nach einem Jahrzehnt am Rande von studentischen Freiburger Universitätswahlen **im Jahr 2000** wahrnahm, dass **seine Tochter Juliane Schäuble** dafür kandidierte, nahm ich mit ihr Kontakt auf und versuchte ihr die Zusammenhänge, die ich hier erläutere, brieflich und telefonisch darzulegen. Sie fühlte sich offensichtlich überfordert. Doch bin ich mir sicher, dass sie ihren Vater über die hier geäußerten Hypothesen informiert hat.

Schäuble hätte sich folglich seither darum bemühen können, mehr Einzelheiten zu erfahren, weshalb eine auf ihm lastende schwere moralische Schuld besteht, die ihn zum Opfer werden ließ. Er hätte sich nun an diesen rassistischen Skandal der Missachtung von Menschenrechten, der meine Tochter betraf, erinnern müssen. Auch hätte er sich ausrechnen können, dass seine mittelbare und indirekte Schuld an ihrer seit 1980 erfolgten Versklavung fortbesteht und ihn, ob er es wahrhaben will oder nicht, in seiner politischen Tätigkeit all die Zeit über psychisch belastet hat ...

Manche Schlussfolgerungen werden vielleicht einigen Lesern als metaphysisch erscheinen. Man wird dem entgegen halten, dass das Attentat auf Schäuble nur ein Werk des Zufalls war und kein Zusammenhang bestünde mit den unendlich negativen Emotionen, die aus dem Fall des gestohlenen Babys hervorgingen. Muss man aus einer solchen Sicht die Fakten der Affäre nicht mehr wahrnehmen, weil sie wie metaphysisch angehäuft wirken ... ?

Mich wundern im Übrigen **weitere „pure“ Zufälle, die irgendwie kontextuell verbunden scheinen mit dem unterdrückten Skandal.** Als bedeutenden Fingerzeig (Allahs) sehe ich es an, dass in Bad Homburg kurz nach dem Fall der Berliner Mauer der damals einflussreichste Wirtschaftspolitiker Deutschlands, der Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen, einem Attentat zum Opfer fiel, das exakt vor jenem Gerichtsgebäude stattfand, in dem wie oben erwähnt der Adoptionsfall ohne den Geist des Rechts und außerhalb von humanen Grundsätzen 1984 verhandelt worden war. Meine geschiedene Frau behauptete danach in Telefongesprächen, die sie mit mir in der Schweiz führte, sie habe sich inzwischen gerade jenem Terrorismus angeschlossen, wegen dem ihr, ohne dass sie irgendwie in ihn verstrickt gewesen war, 1980 ihr Baby durch den Staat gestohlen wurde. Sie versuchte mir einzureden, sie hätte etwas mit dem Bad Homburger Attentat zu tun gehabt. ... Wir verständigten uns nur fernmündlich. Ich sah sie seither nie mehr wieder.

Doch als ob die schwärzesten Geister auch weiterhin beteiligt sein wollten, ergab sich ein weiterer Zufall, der außerhalb aller Wahrscheinlichkeit auftrat. Als ich nämlich von Kontakten meiner Tochter zu islamischen Kreisen in Hamburg-Harburg erfuhr, (wo sie bei ihren Adoptiveltern lebt), empfand ich's so, als ob „der Geist der Nemesis“ noch weiter ausholte. ... *Wir kontaktierten uns nicht häufig, und ihr wurden schließlich sogar Briefe und Telefongespräche mit mir untersagt, als sie ca. 2001 in einer jugendpsychiatrischen Klinik wegen ihrem Adoptionstrauma behandelt wurde.* ... Zuvor hatte sie mir allerdings von Sympathien für den Islam erzählt. Ich schenkte ihr darauf ein arabisch-deutsches Koranexemplar. ... Einzelheiten teilte sie allerdings nicht mit, als sie später berichtete, sie habe Leute aus der Marienstrasse 54 in Harburg näher gekannt, von denen sich nach 9/11 herausstellte, dass sie der AlQaida-Zelle angehörten, die die Flugzeugentführungen an jenem epochalen Tag durchführten. - Ich frage mich seither, ob sie in diesen Sympathisantenkreisen des Djjihad Gelegenheit suchte ihren Hass auf eine Gesellschaft, die ihr nicht mal Öffentlichkeit für das ihr zugefügte Unrecht gewährte, etwas abzuleiten. Fand sie damals Gelegenheit für emotionale, spirituelle und kommunikative Motivationsprozesse mit suggestiver Wirkung auf die späteren AlQaida-Attentäter, die ihren terroristischen Anschlag jahrelang in Harburg vorbereiteten ... ? Man wird selbstverständlich nicht von Mittäterschaft ihrerseits bei AlQaida sprechen können. Weitläufige Bezüge können jedoch vorliegen, weil der sie betreffende Skandal jenen Fundamentalisten einige Legitimation gewährte, die die westlichen Werte grundsätzlich als geheuchelt bezeichnen. Auf diese Weise könnten die Kreise des fundamentalistischen Djjihadradikalismus mittelbar inspiriert worden sein.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Ismail